Kanton prüft Verkauf der Bedag

Grosser Rat Der bernische Regierungsrat macht sich Gedanken zu einem allfälligen Verkauf des kantonseigenen Informatikunternehmens Bedag. Das Parlament unterstützt dieses Vorgehen. Eine verbindlichere Forderung nach einem Verkauf hatte im Grossen Rat aber keine Chance.

VON THERESE HÄNNI NIEDERHAUSER

Der Kanton Bern als Alleinaktionär der Bedag konkurrenziere private Unternehmungen, argumentierten die beiden Vorstösser, Michael Köpfli (GLP) und Patric Bhend (SP). Ein Verkauf hätte ausserdem den Vorteil, dass sich das Unternehmen am Markt freier entwickeln könnte. Gleichzeitig hätte auch der Kanton mehr Unabhängigkeit beim Bezug von Informatikdienstleistungen.

Ein Verkauf hätte sehr einschneidende Folgen für den Kanton, gab die Regierung in ihrer Antwort auf den Vorstoss zu bedenken. Ein solcher Entscheid müsse auf sehr umfassenden Abklärungen basieren und könne nicht einfach per Motion gefasst werden.

Regierungspräsidentin und Finanzdirektorin Beatrice Simon empfahl dem Rat, die Forderung in der unverbindlichen Form eines Postulats zu überweisen. Wenn der Rat dies tue, wolle sie mit externen Experten die nötigen Entscheidgrundlagen erarbeiten, versprach die Finanzdirektorin. Dies soll im Rahmen der kürzlich angelaufenen Arbeiten zur Überprüfung der Eigentümerstrategie des Kantons gegenüber der Bedag erfolgen. Simon hatte am Ende eine grosse Mehrheit des Rats hinter sich.

Steuerdaten lieber im Haus

Es sei ihm lieber, dass die Steuerdaten bei der kantonseigenen Bedag betreut würden als irgendwo in Indien oder Kalifornien, sagte etwa Jakob Etter namens der BDP-Fraktion. Bei einem allfälligen Verkauf oder Teilverkauf dürften nicht nur wirtschaftliche Überlegungen Gewicht haben, sondern auch die Sicherheit.

Ein Verkauf der Bedag würde dem Kanton auch Chancen eröffnen, betonte Adrian Haas namens der FDP. Doch der Kanton dürfe auch nichts überstürzen. Die Datensicherheit hingegen machte Haas keine Bauchschmerzen. Diese sei eine Frage der Prozesse einer Firma und nicht der Zusammensetzung des Aktionariats.

Die Bedag mache jedes Jahr 10 Millionen Franken Gewinn, brachte Matthias Burkhalter namens der SP/PSA/Juso-Fraktion ins Spiel. «Was rentiert, soll man doch behalten», gab sich der Sozialdemokrat «ungewöhnlich kapitalistisch», wie er bemerkte.

Keine «Hüftschüsse» wollten auch die Grünen, wie deren Sprecherin Maria Iannino Gerber betonte. Zuerst müssten alle Fakten auf den Tisch und sorgfältig geprüft werden. Ein Verkauf würde dem Kanton Bern wohl kaum einen höheren Nutzen bringen.

Die SVP gab zu bedenken, dass die Bedag am Markt wohl Probleme erhalte, wenn sie nun einfach so per Motion zum Verkauf ausgeschrieben würde. Auch die Volkspartei wollte, dass die Regierung zuerst prüft und dann Vorschläge macht.

Der Grosse Rat überwies die Forderung schliesslich mit 113 zu 31 Stimmen bei 3 Enthaltungen in der Form eines unverbindlichen Postulats.

10

Millionen Franken Gewinn im Jahr macht die Bedag.

Kaum Chancen für BEKB-Verkauf

Am Montagnachmittag nahm der Grosse Rat ausserdem die Debatte zu einem Vorstoss auf, der den Verkauf der Aktienmehrheit des Kantons an der Berner Kantonalbank (BEKB) verlangt. Der Gewinn soll in einen Fonds für Bildung und Forschung fliessen, wie vier Grossrätinnen und Grossräte aus den Reihen der GLP, EVP, BDP und FDP verlangen. Bei den Fraktionsvoten zeigte sich, dass die Forderung wohl keine grossen Chancen hat. Der Rat stimmt am Dienstag über die Forderung ab.

Für einen solchen Verkauf wäre eine Verfassungsänderung nötig, sagte Thomas Rufener namens der SVP. Diese Hürde wäre nur schwer zu knacken, da die Kantonalbank sehr breit verankert sei.

«Ein Huhn, das goldene Eier legt, soll man nicht schlachten, sondern sich um sein Wohl sorgen», gab Hasim Sancar namens der Grünen mit Verweis auf die Dividenden, die der Kanton einnimmt, zu bedenken. Der Kanton würde auf Einnahmen von jährlich rund 30 Mio. Franken verzichten und so die Finanzen weiter in Schieflage bringen, doppelte Beatrice Stucki namens der SP/PSA/Juso-Fraktion nach. Der Bildungsfonds sei ein «Zückerchen» für die Linken, die darauf aber nicht einsteigen wollten.

Die Kantonalbank sei sehr erfolgreich, gesund und solid und der Kanton sei stolz auf seine Bank, betonte Simon. Sie machte klar, dass die Regierung keinesfalls die Aktienmehrheit verkaufen will. Bern wäre der erste Kanton, der dies ohne Not täte. (SDA)

Das Informatikunternehmen Bedag beschäftigt schweizweit über 400 Mitarbeiter – wovon über 20 Lernende. GOOGLE

Telekommunikation

Swisscom eröffnet in Biel ein Ideenhaus

Swisscom hat am Montag an der Bieler Bahnhofstrasse ein Gebäude eröffnet, in dem das Unternehmen arbeitstätige Personen zusammenführen und so Ideen fördern will. «La Werkstadt» heisst das Gebäude, das Swisscom auch als «Haus der Möglichkeiten» bezeichnet. Herzstück des Gebäudes ist gemäss einer Mitteilung der «Co-Space» im Erdgeschoss des Hauses, wo gemäss den Ideen des Unternehmens Studierende, Manager und Querdenker Seite an Seite arbeiten sollen. Allerdings braucht es für den Aufenthalt in diesem Bereich eine Mitgliedschaft. Die sieben weiteren Obergeschosse stehen Swisscom, Partnerfirmen und nach Verfügbarkeit auch Externen zur Verfügung. An der «Werkstadt» beteiligt ist Huawei Schweiz, Swisscoms Technologiepartner im Festnetz- und Breitbandbereich.

Dass sich Swisscom für die Stadt Biel als Standort fürs Projekt «La Werkstadt» entschied, geht laut einer Mitteilung der Stadt Biel auf die aktive Unterstützung der städtischen Wirtschaftsförderung zurück. (SDA)

Rettungsgrabung im Seeland gibt im Parlament zu reden

Grosser Rat Im Kallnachwald im Berner Seeland soll Kies abgebaut werden. Doch bevor die Bagger auffahren, sollen die Archäologen die dort vermuteten Keltengräber untersuchen. Der Kredit für die Rettungsgrabung gibt im Berner Kantonsparlament zu reden.

In dem Waldstück prallen offensichtlich viele Interessen aufeinander, wirtschaftliche, kulturhistorische, finanzielle und ökologische. Das schlug sich am Dienstag auch in der Debatte des Berner Kantonsparlaments nieder. Die Frontlinien im Rat sind für einmal nicht scharf gezogen.

Manche Grossrätinnen und Grossräte lehnen den Kredit für die Grabung ab, damit die Funde im Boden erhalten bleiben und kein Kies gewonnen werden kann. Andere stimmen dem Kredit für die Rettungsgrabung zu, um die Kiesgewinnung überhaupt zu ermöglichen. Wieder andere führen die Kosten ins Feld.

«Da muss der Kanton Bern für mehr Kies viel Kies in die Hand nehmen», sagte EVP-Grossrat Philippe Messerli. In der Tat muss das Parlament einen Rahmenkredit von insgesamt 15,17 Mio. Franken für zwölf Jahre sprechen.

Dies gelte es allerdings zu relativieren, räumte Messerli ein. An den Kosten beteiligen sich auch der Bund, die örtliche Burgergemeinde und das Kiesabbau-Unternehmen. Auf den Kanton Bern dürften letztlich wohl rund 5,7 Mio. Franken entfallen. Dazu kommt, dass der Kredit nur dann voll ausgeschöpft wird, wenn tatsächlich interessante Funde im Boden zum Vorschein kommen. Andernfalls würden die Archäologen «mit Schaufeln und Pinseln» aufhören, wie Ulrich Stähli namens der BDP es formulierte.

«Wir reden hier über archäologische Rettungsgrabungen, doch eigentlich geht es um unseren Umgang mit Kies», gab Bruno Vanoni namens der Grünen zu bedenken. Pro Person und Jahr würden in der Schweiz rund 4 Kubikmeter Kies verbaut. Irgendwoher müsse der Rohstoff kommen. Es sei sinnvoll, wenn Kies regional gewonnen statt von weit her angekarrt werde.

Gesetz lockern

«Man könnte das Geld statt in die Geschichte auch in die Zukunft investieren, etwa in die Bildung», gab Corinne Schmidhauser namens der Freisinnigen «bei allem Respekt vor dem historischen Erbe» zu bedenken.

Die SVP frage sich schon, ob denn «alles und jedes ausgegraben und dokumentiert werden müsse», doppelte Käthi Wälchli nach. Es sei «höchste Zeit», über Verhältnismässigkeit zu reden. Die vorberatende Grossratskommission empfahl den Rahmenkredit mehrheitlich zur Annahme. Eine Minderheit verlangte die Ablehnung. Der Entscheid fällt am Mittwoch. (SDA)

Sozialversicherungen

Immer mehr junge Berner melden sich bei der IV

Bei der IV-Stelle des Kantons Bern haben sich letztes Jahr 548 junge Erwachsene neu angemeldet – 49 Prozent mehr als noch im Jahr 2011. Das berichtete die Sendung «Schweiz aktuell» von Schweizer Fernsehen SRF mit Verweis auf die IV-Stelle.

Die Zunahme sei ein Zeichen dafür, dass Fachleute heute schneller zu einer Anmeldung bei der Invalidenversicherung rieten: So wird Rolf Schmied von der Berner IV-Stelle laut einer Mitteilung des Schweizer Fernsehens in der Sendung zitiert. Schmied leitet die Abteilung Eingliederungsmanagement. Je rascher eine betroffene Person unterstützt werde, desto grösser sei die Chance, dass sie wieder in der Arbeitswelt Fuss fasse. «Das lohnt sich auch für die IV», sagt Schmied. Eine lebenslange IV-Rente auszurichten, sei viel teurer.

2011 hatten sich noch 367 junge Erwachsene bei der bernischen IV-Stelle angemeldet. Mit dem Anstieg auf 548 Personen erhöhte sich auch die Anzahl jener jungen Erwachsenen, die bei ihrer erstmaligen beruflichen Ausbildung durch die IV-Stelle unterstützt wurden: von 696 im Jahr 2011 auf 1087 im vergangenen Jahr. (SDA)

Bern

Musik, Tanz und Modeschauen an autofreiem Sonntag

Am kommenden Sonntag findet – diesmal im Weissenbühl- und Mattenhofquartier – Berns autofreier Sonntag statt. Auf dem Programm stehen Musik, Tanz, Märkte und zwei Modeschauen. Die eine nennt sich «Velo-Parade» und besteht darin, dass sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer auf dem Lieblingsvelo präsentieren. Bei der anderen namens «Défilé de Chaussures» kleiden sich die Teilnehmenden passend zu ihren schönsten Schuhen.

Das teilte der Organisator des autofreien Sonntags, der Verein Netzwerk Quartierzeit, am Dienstag mit. Rund 70 Läden, Restaurants, Institutionen und Quartierbewohner tragen gemäss seinen Angaben zum autofreien Sonntag bei.

Für den Verkehr gesperrt wird ein Gebiet rund um den Eigerplatz. Der Anlass dauert von 10 bis 18 Uhr und wird bei jedem Wetter durchgeführt.

In der Stadt Bern findet seit 2013 nur noch ein autofreier Sonntag pro Jahr statt, jeweils in einem anderen Quartier. 2014 war der Breitenrain dran, im vergangenen Jahr die Länggasse. Nach Angaben des Netzwerks Quartierzeit nahmen in den letzten Jahren jeweils rund 10 000 Personen am Anlass teil. (SDA)

http://www.quartierzeit.ch

Bielersee

E-Biker verletzt sich bei Sturz schwer

Ein Elektrovelofahrer hat sich am Montagmittag bei einem Sturz auf Gemeindegebiet von Neuenstadt am Bielersee schwere Verletzungen zugezogen. Wieso der Mann kurz vor der Ortseinfahrt von Ligerz stürzte, ist laut einer Mitteilung der Berner Kantonspolizei noch unklar.

Sie hat deshalb einen Zeugenaufruf erlassen und schreibt, der Mann habe keinen Helm getragen. Nach seinem Sturz wurde der 52-jährige Mann von einem zufällig anwesenden Arzt betreut, bis die Rettungskräfte eintrafen. Dann brachte ihn eine Ambulanz ins Spital. (SDA)